

Ergänzend zu den Beiträgen im ifo Schnelldienst Nr. 14/2009 äußert sich Justus Haucap zum »Methodenstreit« in der VWL.

Braucht die Volkswirtschaftslehre eine Neuausrichtung?

Ob die Volkswirtschaftslehre eine Neuausrichtung braucht, ist keine einfache Frage – auch deswegen nicht, weil die Frage nicht besonders präzise ist bzw. eben so pauschal, dass man nur mit einem inbrünstigen Jein antworten kann. Einerseits wird nicht nur in Deutschland, sondern auch international, vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise debattiert, inwiefern die Ökonomik ganz allgemein »versagt« hat, und zwar weltweit, und ob deswegen eine Neuausrichtung nötig ist (bzw. eher welche Neuausrichtung). Andererseits erleben wir seit Februar in Deutschland eine überraschend heftige Diskussion über den Zustand und die Zukunft der VWL an deutschen Hochschulen. Diese Debatte zwischen »Ordnungspolitikern« einerseits und »mathematischen Ökonomen« andererseits wird teilweise auch als „Methodenstreit“ bezeichnet – ein Begriff, der es aus meiner Sicht nicht richtig trifft, denn es geht in der Diskussion eigentlich um viel mehr als nur um die richtige Methode. Wer den Streit auf das Thema formale Methoden versus qualitative, verbale Analysen reduziert, erfasst nur einen Teil der Diskussion. Doch der Reihe nach.

Braucht die internationale Ökonomik vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise einen Paradigmenwechsel? Hier geht es in der Debatte primär um die Makroökonomik und die Finanzmarkttheorie. Eine gute Zusammenfassung der Debatte inklusive der Kritik von Brad DeLong, Paul Krugman und Willem Buiter an den bisherigen Modellen findet sich jüngst in drei Artikeln im *Economist* vom 16. Juli 2009.¹ Da ich selbst weder

Finanzmarkt- noch Makroökonom bin, vertraue ich auf die Vorzüge der Arbeitsteilung und überlasse es den Finanzmarkt- und Makroökonom, den Bedarf einer Neuausrichtung in diesen Disziplinen zu identifizieren. Dabei scheint mir allerdings zum einen bemerkenswert, dass auch im Mainstream der Ökonomik allerspätestens seit dem Beitrag von Grossman und Stiglitz (1980) die Erkenntnis bekannt und auch verbreitet ist, dass auch bzw. gerade Finanzmärkte oftmals nicht effizient sind. Die gesamte informationsökonomische Literatur zeigt dies ja im Grunde. Zum anderen erlebt doch auch gerade der Bereich der verhaltensökonomisch fundierten Finanzmarkttheorie (»Behavioral Finance«) seit Jahren einen Boom. Von einer blinden Gläubigkeit an die These effizienter Märkte (»efficient market hypothesis«) kann man daher eigentlich nicht sprechen, zumindest nicht in der gesamten Ökonomik. Die eigentliche Frage ist, warum sich solche Erkenntnisse nicht auch in der Wirtschaftspolitik durchgesetzt haben.

Diese Frage leitet auch zum zweiten Themenkomplex über und die momentane Diskussion in Deutschland über die Rolle von formalen Methoden und Ordnungspolitik. Ausgelöst wurde die Debatte durch den offenen Brief der Kölner Kollegen Wilgerodt und Watrin² sowie die Berichterstattung darüber in Handelsblatt und FAZ. Der Brief selbst bezieht sich vor allem auf die Neuausrichtung der Kölner Fakultät – die dadurch ausgelöste Debatte dürfte aber nur vor dem Hintergrund der Veränderungen ganz zu verstehen sein, die wir seit einiger Zeit an deutschen Hochschulen und insbesondere in der VWL in Deutschland erleben. Ökonomische Forschung und Lehre werden seit mindestens 20 Jahren zunehmend internationaler – ein Prozess, der nicht mehr aufzuhalten ist, und das ist auch gut so.



Justus Haucap*

* Prof. Dr. Justus Haucap ist Direktor des Düsseldorf Institute for Competition Economics der Universität Düsseldorf. Seit Juli 2006 ist er Mitglied und seit Juli 2008 Vorsitzender der Monopolkommission.

¹ »What Went Wrong with Economics«, »The Other-Wordly Philosopher«, »Efficiency and Beyond«, allesamt in *The Economist* vom 16. Juli 2009.

² Dieser offene Brief hatte wirklich »Impact«, auch wenn es dafür keinen gemessenen Impact Factor gibt!

Die Internationalisierung der Wissenschaft erlaubt zum einen eine stärkere Spezialisierung mit den entsprechenden Spezialisierungsgewinnen. Zum anderen ermöglicht sie auch eine stärkere gegenseitige internationale Befruchtung, eine schnellere Verbreitung von Erkenntnissen (bedingt durch das Internet, aber auch durch Englisch als lingua franca) und eine rigorosere Qualitätskontrolle auf Basis internationaler Standards.

In jüngster Zeit hat das Tempo der Veränderungsprozesse in der ökonomischen Wissenschaftslandschaft in Deutschland noch einmal zugenommen. Rankings von Zeitschriften (Handelsblatt, SSCI) sowie die Evaluation von Fakultäten und einzelnen Wissenschaftlern (ebenfalls im Handelsblatt) gewinnen stark an Bedeutung. Selbst Dissertationen sind heute zunehmend kumulativ angelegt, bei Habilitationen gilt dies erst recht, sofern diese überhaupt noch erfolgen. Als Berufungsvoraussetzung verliert die Habilitation stark an Bedeutung. Das Einwerben kompetitiver Drittmittel wird neben internationalen Publikationen dafür wichtiger, auch vor dem Hintergrund einer zunehmenden Leistungsorientierung in der Besoldung von Hochschullehrern. Durch all diese Trends haben die Anreize für deutsche Ökonomen, in internationalen Journalen zu publizieren, in den letzten 20 Jahren stark zugenommen.

Diese Entwicklung hat die deutsche VWL aus einem Dornröschenschlaf erweckt, den nicht alle, aber doch einige Teile der deutschen VWL (und auch der BWL) für eine zu lange Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg geführt haben. Dass dieses Erwachen aus dem Dornröschenschlaf, an dem auch die Studenten aufgrund rückständiger Lehre in Theorie und empirischen Methoden zu leiden hatten, ohne Alternative war, ist unbestritten.

Die Frage, die sich daraus ergibt, ist nicht, ob ein Zurück zur »schönen alten Welt« wünschenswert wäre. Vielmehr stellt sich nun die Frage, wie stark die Anreize sein sollten, in internationalen Journalen zu publizieren, und ob dies zum alleinigen Bewertungsmaßstab für Hochschullehrer und andere Forscher werden sollte. Anders ausgedrückt könnte man auch fragen, ob es un intendierte Nebenwirkungen einer solchen Fokussierung gibt.

In der Tat besteht hier ein Problem, das auch direkt zum Kern des aktuellen »Methodenstreits« führt. Für internationale Zeitschriften sind spezifisch deutsche Probleme relativ (nota bene: nicht absolut) uninteressant und daher schwieriger zu publizieren. In internationalen Zeitschriften lässt sich am besten publizieren mit relativ allgemeinen Themen bzw., aufgrund der Größe des Marktes, mit Themen, die für die USA besonders relevant sind. Durch die sehr starke Fokussierung der Anreize hin auf internationale Zeitschriftenpublikationen besteht daher die Gefahr, dass spezifisch deutsche Probleme und Institutionen unterbelichtet werden bzw. ihre

Erforschung nicht gleichermaßen gewürdigt wird. Es ist für Ökonomen an Universitäten daher weniger interessant, sich mit den institutionellen Details deutscher Märkte und Wirtschaftspolitik auseinander zu setzen als mit allgemeineren Fragen, zumindest tendenziell, also »at the margin«. Hinzu kommt, dass aus Sicht mancher Beobachter, wie z.B. Glenn Ellison (MIT) auch international die Tendenz besteht, mehr Gewicht auf die Rigorosität der Methode als die Relevanz der Inhalte zu legen.³ Weil Rigorosität einfacher zu messen bzw. zu beurteilen ist als Relevanz, legen Gutachter bei ihren Kommentaren und Revisionswünschen mehr Gewicht auf die Rigorosität der Aufsätze (zumal da die Relevanz der Frage ex post durch eine Revision schwerer zu verändern ist). Die Internationalisierung befördert diese Tendenz noch einmal, da bei internationalen Gutachtern in der Regel weniger Wissen über lokale oder regionale institutionelle Details vorherrscht. Auch Gregory Mankiw äußerte schon vor zwei Jahren die Ansicht, dass die Relevanz der Fragestellung bei vielen Aufsätzen leide.⁴

Eine übertriebene Fokussierung auf Publikationen in gerankten Journalen ist nicht unproblematisch, weil dort wie gesagt eher publiziert wird, was international von Interesse ist und nicht nur lokal oder regional. Nüchtern betrachtet – und dazu sollte man als Ökonom ja neigen – ist Forschung von internationalem Interesse (im Folgenden verkürzt: Grundlagenforschung) jedoch im Gegensatz zu angewandter Forschung mit lokalem oder regionalem Schwerpunkt ein globales öffentliches Gut. Wer eine Erkenntnis produziert hat, ist für die wirtschaftspolitische Verwendbarkeit nahezu irrelevant.

Damit kommen wir zu der zugegebenermaßen provokanten Frage, was der deutsche Steuerzahler davon hat, dass dieses Wissen gerade an deutschen Hochschulen produziert wird und nicht in den USA oder sonst irgendwo auf der Welt? Wäre es aus Sicht des Steuerzahlers nicht besser, primär solche Forschung zu finanzieren, die sich mit speziell deutschen und europäischen Fragen bzw. Regeln, Institutionen, Problemen beschäftigt, auch wenn diese sich ggf. weniger gut publizieren lässt (zumindest »at the margin« muss dieses Argument wie gesagt gelten)? Anders ausgedrückt lautet die Frage: Was ist eigentlich der Bewertungsmaßstab dafür, welche Art der VWL wir brauchen, wenn der Steuerzahler diese zum allergrößten Teil finanziert?

³ Glenn Ellison, »Evolving Standards for Academic Publishing: A q-r Theory«, *Journal of Political Economy* 105, 2002, 947–1034.

⁴ Wörtlich heißt es in Mankiws Blog-Eintrag zu Freakonomics: »More young economists today are doing Levitt-style economics and fewer are studying the classic questions of economic policy. That is disconcerting, to a degree. It could be especially problematic twenty years from now, when President Chelsea Clinton looks for an economist to appoint to head the Federal Reserve, and the only thing she can find in the American Economic Association are experts on game shows and sumo wrestling.« Mankiw hält dies jedoch für ein temporäres Phänomen, siehe <http://gregmankiw.blogspot.com/2007/04/is-steve-levitt-ruining-economics.html>.

Natürlich ist eine Abschaffung der Grundlagenforschung oder internationalen Spitzenforschung sicher nicht optimal, keine Frage. Spill-overs zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung sowie zwischen Forschung und Lehre sind gewichtige Argumente. Zudem gibt es neben der individuellen Rationalität ja auch noch die Vernunft oder kollektive Rationalität, so dass ein Beitrag zu globalen öffentlichen Gütern wünschenswert ist.

Die zentrale Frage scheint mir insgesamt die der richtigen Mischung zu sein zwischen anwendungsorientierter Forschung und Grundlagenforschung. Dabei ist klar, dass beide Arten der Forschung ein möglichst modernes Instrumentarium verwenden sollten. Diese optimale Balance im Spannungsfeld von Grundlagen- und angewandter Forschung dürfte sich dabei zwischen verschiedenen Wissenschaften unterscheiden. In den Sozialwissenschaften gibt es regional durchaus unterschiedliche gesellschaftliche Probleme, und Ökonomie ist eine Sozialwissenschaft. Die Erforschung des amerikanischen Gesundheitssystems z.B. scheint mir aus deutscher Sicht ziemlich uninteressant zu sein, einfach weil die Institutionen und damit die Anreize und vor allem die zahlreichen institutionellen Komplementaritäten völlig anders sind als in Deutschland. Ähnliches gilt für Forschung über Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände – das interessiert die meisten Amerikaner (berechtigterweise) kaum, daher findet sich ein Großteil der Literatur dazu auch nicht in amerikanischen Journalen. In britischen, skandinavischen oder kontinentaleuropäischen Journalen lässt sich dazu viel einfacher publizieren. Nun stellt sich die Frage, ob möglichst hochrangige Publikationen oder ein starker Fokus auf solche besser sind als eine ggf. weniger hochrangige Veröffentlichung zu einem originär deutschen Thema. Ist eine Studie mit exzellenten Daten über Mindestlöhne in New Jersey mehr wert als eine Studie mit einer eher problematischen Datenlage über Mindestlöhne in Deutschland? Im Zweifel hätte ich lieber die Studie für Deutschland, auch wenn sie sich international weniger gut publizieren lässt. Natürlich hätten wir alle am liebsten die Studie mit exzellenten Daten über Mindestlöhne in Deutschland – die Datenprobleme und auch der deutsche Datenschutz verhindern dies jedoch.

Hier kommen wir aus meiner Sicht zum eigentlichen Kern des Themas. Ich verstehe die Kritik der »Ordnungspolitiker« auch so, dass in Forschung und Lehre zu wenig Gewicht auf institutionelle Details und Besonderheiten gelegt zu werden droht. Das Problem ist nun oftmals, dass es Varianz in so vielen institutionellen Details gibt, dass man oftmals mehr Variablen als Beobachtungen hat (z.B. unterscheidet sich die Regulierung der Energiemärkte in den 27 EU-Staaten sicherlich in über 50 Aspekten) und über die Zeit variieren institutionelle Ausprägungen oft kaum, so dass die empirische als auch modelltheoretische Analyse an Grenzen stößt. In der Politikberatung liegt der Teufel aber oftmals gerade im Detail. Hier stellt sich die Frage, ob man Fra-

gen wie die Tariffähigkeit von Gewerkschaften, die Mehrwertsteuerbefreiung der Deutschen Post AG, die Durchführung von Drei-Stufen-Tests für öffentlich-rechtliche Online-Angebote etc. kampfflos Juristen überlassen oder als Ökonom etwas dazu beitragen möchte. International publizieren lässt sich das oftmals nicht, dazu ist es zu speziell und zu wenig allgemein. Der entscheidende Vorteil der Juristen in der Politikberatung ist jedoch aus meiner Sicht gerade der, dass diese nicht die »Drecksarbeit« scheuen, sich in die institutionellen Details hineinzufuchsen – für viele Ökonomen ein Horror. Dies erklärt sicher auch teilweise, zumindest in manchen Bereichen, den Misserfolg, den Ökonomen manchmal in der Politikberatung beklagen (und der dann oft in Politikerschelte mündet – andere sind schuld!)

Mir persönlich macht da auch der Bereich der Wettbewerbsökonomie in Deutschland nicht unerhebliche Bauchschmerzen, dort sehe ich in der Tat einige Fehlentwicklungen. In der Industrieökonomie haben wir in Deutschland, anders als in den USA, eine sehr stark theoretisch orientierte Forschung, die aber oftmals kaum wesentliche Beiträge über *deutsche* oder *europäische* Märkte liefert. Es gibt sicher auch hier Ausnahmen, aber es gibt – völlig anders als in den USA – in weiten Bereichen keine Branchenexperten unter forschungsstarken, international hochrangig publizierenden Ökonomen. Die empirische Wettbewerbsanalyse ist in Deutschland de facto kaum existent. Das Problem liegt weniger an den Wissenschaftlern als vor allem an der schlechten Datenlage. Vor dem Hintergrund der Anreize gut zu publizieren ist es daher nicht überraschend, dass in der deutschen Industrieökonomie eine Spezialisierung auf (a) Theorie und (b) Experimente (bei denen Daten selbst generiert werden) vorherrscht. Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist es jedoch bedauerlich, dass wir so wenig über viele deutsche Märkte wissen (völlig anders als in den USA). Die schlechte Datenlage in Deutschland impliziert, dass es ganz schwierig ist, über den Wettbewerb auf deutschen Märkten in guten Zeitschriften zu publizieren. Hier entsteht das Dilemma: Soll der deutsche Steuerzahler dann lieber hochrangige Forschung mit, sagen wir, britischen Daten bezahlen oder lieber nicht ganz so gute Forschung mit den schlechten deutschen Daten? Sollen wir den Schlüssel zur Erkenntnis (wie in dem alten Witz) dort suchen, wo das Licht der Laterne am besten ist, oder dort, wo wir den Schlüssel am ehesten vermuten (auch bei schlechtem Licht)? Oder soll man einfach die Spezialisierung auf Experimente und Theorie, die sich auch oft an amerikanischen Themen und deren institutionellen Gegebenheiten orientiert, akzeptieren?

Auch in der Lehre manifestiert sich dieses Problem. Dort wird den Studierenden in Deutschland zu wenig über deutsches und europäisches Kartellrecht beigebracht. Deutsche und selbst europäische Kartellfälle lernen die Studierenden oftmals kaum kennen. Das ist in den USA völlig anders. Es ist auch bemerkenswert, dass die besten ameri-

kanischen Industrieökonomien regelmäßig in amerikanischen Law Journals oder dem Antitrust Bulletin etc. schreiben. Die Anzahl der Publikationen deutscher Industrieökonomien in *Wirtschaft und Wettbewerb* oder der *European Competition Review* ist nahe null, es zählt auch nichts in unseren Rankings. Ko-Autorenschaft mit Juristen ist bei amerikanischen Industrieökonomien durchaus verbreitet, nicht so in Deutschland, eigentlich kaum existent. Und es ist eine faule Ausrede, dies allein auf die Juristen zu schieben. Für die wirtschaftspolitische Beratung ist das aus meiner Sicht ein großes Problem, das aber nicht durch einseitige Fixierung auf Publikationen in internationalen Journalen gelöst wird. Eine vollständige Loslösung von der älteren, eher institutionell geprägten Schule kann ich daher nicht uneingeschränkt begrüßen. Exzellente Ökonomen sollten alles beherrschen: Theorie, Empirie und institutionelle Kenntnisse. Weil wir aber nicht alle kleine Ronaldos der VWL sind und nicht alle Krugman oder Stiglitz heißen, brauchen wir eine Arbeitsteilung und somit alle drei verschiedenen, sich ergänzenden Spezialisierungen und keine Monokultur des einen oder anderen »Lagers«.